

Ressourcenkonflikte

Bericht über das 15. Berliner Werkstattgespräch der Sozialethiker(innen) 2014

Die Ressourcen der Erde sind endlich und bereits derzeit kalkulierbar knapp. Zugleich generiert eine wachsende Weltbevölkerung einen noch höheren Bedarf. Da der Zugang zu diesen knappen Ressourcen eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und für die lebensnotwendige Versorgung, etwa mit Wasser, darstellt, sind vitale Interessen jedes Landes davon fundamental betroffen. Ressourcenknappheit verursacht Konflikte, die in dem ungleichen Zugang oder der ungleichen Verteilung ihren Ursprung haben. Insofern ist es eine realitätsnahe Prognose, dass die bereits bestehenden Konflikte, wirtschaftlich und bewaffnet, bei einer weiteren Verknappung der Ressourcen zunehmen werden und das Thema unausweichlich an Dringlichkeit gewinnt. Sozialethisch wirft das Thema „Ressourcenkonflikte“ Gerechtigkeitsfragen auf, wie mit der Knappheit umgegangen werden soll. Denn zustimmungsfähige Konzepte der Nutzung und der Verteilung von knapper werdenden Ressourcen können dazu beitragen, Konflikte zu lösen oder zu vermeiden.

Fragen zum Thema „Ressourcenkonflikte“ wurden in der Christlichen Sozialethik bisher vergleichsweise wenig grundlegend diskutiert. Deshalb wählte die Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Sozialethikerinnen und Sozialethiker dies zum Schwerpunktthema des jährlich stattfindenden Werkstattgesprächs in der Katholischen Akademie Berlin vom 24. bis zum 26. Februar 2014. Geplant hatte die Tagung das Vorbereitungsteam mit Marianne Heimbach-Steins, Brigitta Herrmann, Andreas Lienkamp und Christoph Krauß, organisatorisch unterstützt von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach und der Katholischen Akademie in Berlin.

1 Bewaffnete Konflikte durch Ressourcenkonflikte

In seinem einführenden Vortrag identifizierte *Michael Brzoska*, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Knappheit an Ressourcen als Konfliktursache. Unter Ressourcen in diesem Diskussionszusammenhang versteht Brzoska abiotische und biotische, also primäre Ressourcen, in Abgrenzung zu erneuerbaren und sekundären, etwa durch Recycling gewonnenen Rohstoffen. Dabei spricht er aus politikwissenschaftlicher Perspektive besonders Seltenen Erden eine geostrategische Bedeutung zu. Konfliktaustragung um knappe Ressourcen durch Krieg kann in ökonomischen Theorien entweder als Mittel zur Sicherung des eigenen Wirtschaftens und Handels (Jean-Baptiste Colbert, Louis XIV., Th. R. Malthus bzw. neomalthianisch) oder als Störfaktor für den Handel (Adam Smith) aufgefasst werden. Darüber hinaus kann auch Ressourcenreichtum Konflikte auslösen, verschärfen oder zumindest prolongieren („Ressourcenfluch“) und sich negativ auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung auswirken, etwa bei der „Holländischen Krankheit“ oder in Rentierstaaten. Die neuen Kriege angesichts von Ressourcenknappheit finden eher dezentral statt; während bestimmte Knappheiten, wie z. B. eine Dürre, nicht zu bewaffneten Konflikten führen, weil Kriege Organisation und Ressourcen benötigen, werden v. a. um den Zugang zu wertvollen Rohstoffen bewaffnete Konflikte ausgetragen. Als ein Beispiel, wie durch Gesetzgebung nationaler Staaten auf solche lokalen Konflikte reagiert werden kann, nannte er den *Dodd-Frank-Act* in den USA von 2010, in dessen 15. Kapitel auf Betreiben christlich-fundamentalistischer Kreise Dokumentations- und Publizitätsverpflichtungen für Unternehmen bei der Verwendung von bestimmten Ressourcen, etwa Gold, Wolframit, Kassiterit und Coltan, aufgenommen wurden. Damit soll sichergestellt werden, dass der Kauf solcher Ressourcen geächtet wird, um die Finanzierung, etwa des Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo, zu unterbinden. Unternehmerisch lassen sich bisweilen im Besonderen große Unternehmen für solche Maßnahmen gewinnen, weil sie dadurch als Nebeneffekt kleinere Firmen vom Markt verdrängen können, so etwa bei den sog. „Blutdiamanten“ im Kimberley-Prozess der 1990er-Jahre. Solche Boykotte durchzuführen wird jedoch schwierig, wenn die Endprodukte den Endverbraucher nicht erreichen. Daher bleibt die Hauptverantwortung für Regelungen bei den Staaten.

2 Konkreteion: Wem gehört das Wasser?

Am Abend wurde die Dokumentation des Norddeutschen Rundfunks „Wem gehört das Wasser?“ gezeigt und unter vier Aspekten sozialetisch kommentiert: Die Impulse befassten sich mit der ökonomischen (*Jochim Wiemeyer*), der menschenrechtlichen (*Brigitta Herrmann*), der umweltethischen (*Petr Štica*) sowie der zivilgesellschaftlichen (*Christoph Krauß*) Dimension des Themas. Staaten tragen eine hohe Verantwortung in der Daseinsvorsorge und beim Verkauf von Wasserquellen an Unternehmen, die jedoch oft an *Bad Governance*, also am Unvermögen der Staaten, diese Aufgabe verantwortlich wahrzunehmen, scheitert. Gleichzeitig bergen populäre Filme die Gefahr, dass sozialetisch zu diskutierende Herausforderungen durch effektvolle Zuspitzungen überdeckt werden: So skandalisierte der Dokumentationsfilm etwa die Herstellung von Millionen von exportierbaren Wasserflaschen, während die lokale Bevölkerung und die Arbeiter im Unternehmen keinen Zugriff auf das Wasser haben, und vermischte damit unternehmerische und staatliche Aufgaben. Dagegen stellte der Filmemacher keine alternativen Szenarien zur Verfügung, obwohl diese für eine sozialetische Bewertung wichtig sind. Es ist allerdings der Verdienst des Films, dass er eine höchst fragwürdige Unternehmensstrategie aufdeckt und zugleich einen guten Ausgangspunkt für die sozialetische Diskussion darstellt.

3 Konkreteion: Konflikte um Seltene Erden

Friedel Hütz-Adams vom Institut Südwind e. V. legte dar, welche Konflikte sich aus der Nutzung sogenannter Seltener Erden ergeben, die allerdings, wie er ausführte, keine Erden, sondern Metalle und auch nicht unbedingt selten, aber vor allem in China zu finden sind. China hat nun den Export bewusst gedrosselt, um verstärkt Produkte und nicht Rohstoffe zu exportieren, wie es jedem Entwicklungs- und Schwellenland von neutraler Seite empfohlen würde. An Regulierungsmechanismen fallen alle freiwilligen Regelungen auf globaler Ebene dem Konkurrenzkampf zum Opfer. Eine Verantwortung der Konsumenten, durch ihr Kaufverhalten Unternehmen zu beeinflussen, lehnte Hütz-Adams ab, weil er die Verantwortung für die Einhaltung von Gesetzen bei den Unternehmen verortet. Diese jedoch lehnen eine Verantwortung für soziale Standards bei den Zulieferern ab, während sie sehr genau kontrollieren,

ob die gelieferte Qualität stimmt. Für Hütz-Adams sind besonders die Arbeitsbedingungen und die Umweltverschmutzung in China, dem Weltmarktführer in diesem Bereich, zu kritisieren. Die USA beispielsweise haben wegen der nach heutigem Stand der Technik unumgänglich einzusetzenden Chemikalien beim Abbau von Seltenen Erden und den daraus folgenden Umweltbelastungen vor einigen Jahren eine Mine auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten geschlossen; der erneute Import aus China exportiert somit die Umweltbelastungen nach China. Doch erst kürzlich wurde die Mine in den USA wieder in Betrieb genommen; der Grund war ein wirtschaftspolitischer: Die wirtschaftliche Abhängigkeit von dem politischen Akteur China sollte verringert werden. Dieses Vorgehen veranschaulicht die konkurrierenden Ansprüche von Ökologie, Ökonomie und Ethik sehr deutlich. Auf internationaler Ebene werden sanktionsfähige und einklagbare Umwelt- und Sozialstandards als „wettbewerbsfremde Eingaben“ abgelehnt. Bei der Durchsetzung von Reformen in diesen beiden Bereichen in China sieht Hütz-Adams die größten Chancen durch interne zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort, die für ein Umweltbewusstsein kämpfen; indirekt unterstützt werden sie durch das Gewährwerden von steigenden Kosten durch verseuchte Gebiete.

Im Anschluss wurden in mehreren parallelen Workshops die ethischen Fragen präzisiert. Hierbei standen folgende Konfliktlinien im Fokus: „Gemeinsames Erbe der Menschheit versus private oder nationalstaatliche Eigentumsrechte“ (*Michael Schramm*), „Intergenerationelle Gerechtigkeit versus Diskontierung“ (*Werner Veith*), „Individuelle Menschenrechte versus privatwirtschaftliche Interessen“ (*Brigitta Herrmann*) und „Umweltgerechtigkeit versus Gewinninteresse“ (*Gotlind Ulshöfer*).

4 Die Deutsche Rohstoffstrategie im europäischen und internationalen Kontext

Bei der öffentlichen Abendveranstaltung in Kooperation mit der Katholischen Akademie diskutierten mehrere Podiumsteilnehmer engagiert über die Deutsche Rohstoffstrategie. Auf dem Podium begrüßte der Moderator *Gerhard Kruip*, Mainzer Sozialethiker, neben dem Sozialethiker *Markus Vogt* aus München *Thomas Gäckle*, Leiter der Unterabteilung „Rohstoffpolitik“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, *Matthias Wachter*, Abteilungsleiter Sicherheit und Rohstoffe des BDI, sowie *Michael Reckordt*, Koordinator des bundesweiten Netzwerks

„AK Rohstoffe“. Die Teilnehmer diskutierten vor allem, wie weit die Verantwortung bzw. die „gebührende Sorgfaltspflicht“ der ressourcenverarbeitenden Unternehmen gehen müsse, was den Ursprung ihrer Arbeitsmaterialien betreffe. Während Wachter den *Dodd-Frank-Act* aus den USA, der einen ausführlichen Herkunftsnachweis fordert, ablehnte und stattdessen einen Nachweis ausschließlich für einige Metalle und auch nur von der Mine bis zur Schmelze forderte, betonte Reckordt, dass die Nachweispflicht ausgedehnter sein müsse und auch – anders als von der EU-Kommission vorgeschlagen – nicht nur für Rohstoffe, sondern auch für verarbeitete Ressourcen gelten müsse. Gäckle gab zu bedenken, dass die Knappheit mancher Rohstoffe nur auf den hohen Gewinnungskosten beruhe; diese stiegen durch ausführlichere Nachweispflichten naturgemäß weiter an, was zu einer Schwächung der deutschen und europäischen Wirtschaft führe. Dem widersprach Reckordt vehement, indem er darauf hinwies, dass für Unternehmen, die wegen des *Dodd-Frank-Acts* für die USA sowieso ausführliche Dokumentationen anfertigen müssten, für eine Kennzeichnungspflicht für Europa kaum zusätzliche Kosten entstünden. Vogt bestand darauf, dass bei allen Detailfragen die Wahrung der Menschenrechte und der Umweltschutz oberste Priorität besitzen müssten. An dieser Diskussion, die mitnichten durch einen frühen Konsens verflachte, beteiligte sich das Publikum engagiert und kompetent.

5 Lösungsperspektiven: Kooperation und Management statt Konflikt

Am dritten Tag standen die Möglichkeiten der Kooperation und des Ressourcenmanagements im Fokus. Dazu war als Hauptreferentin *Ursula Eid*, die stellvertretende Vorsitzende des Beratungsausschusses des UN-Generalsekretärs zu „Wasser und sanitärer Grundversorgung“, geladen, die anhand vieler Beispiele verdeutlichte, dass es gerade unter Anrainern desselben Flusses immer wieder Konflikte zwischen Oberliegern und Unterliegern gebe. Diese Konflikte führten jedoch nie dazu, dass jemand komplett von der Wasserversorgung abgeschnitten werde. Da gebe es wohl noch eine moralische Hemmschwelle, die offenbar höher liege als bei kriegerischer Gewalt. Oft seien internationale Kommissionen der Flussanrainer zudem die einzigen Kommissionen, in denen Nachbarländer zusammenarbeiteten. Als historisches Beispiel verwies

Eid auf die Rhein-Kommission, die das erste internationale Gremium gewesen sei, in dem Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (wieder) mitwirken durfte.

In seinem sozialetischen Koreferat zeigte *Hartmut Köß*, Referent für Entwicklung, Globalisierung, internationale Soziale Arbeit der Kirche und Lateinamerika bei der Deutschen Bischofskonferenz, zwei Handlungsoptionen im konstruktiven Umgang mit Ressourcenkonflikten auf. Die erste Option bezog sich auf „versteckte“ Ressourcenkonflikte, bei denen in Zusammenarbeit mit Misereor, Südwind e. V. oder anderen Akteuren für diejenigen Partei zu ergreifen sei, deren Grundrechte und -bedürfnisse missachtet würden. Dazu seien jedoch mediale und politische Kompetenzen notwendig, um solche Ressourcenkonflikte öffentlich problematisieren und politisch bearbeiten zu können, ein Engagement, das weder in einer verbürgerlichten Kirche noch in einem regulären Wissenschaftsbetrieb gefordert oder gefördert würde. Eine zweite wesentliche Handlungsoption sei es für die Sozialethik, ethische Maßstäbe in gesellschaftlich anschlussfähige Leitbilder zu übersetzen. Denn bei der Lösung von Ressourcenkonflikten spielten viele Akteursgruppen eine Rolle; mit allen müssten Sozialethiker und Sozialethikerinnen über die ethischen Grundlagen sprechen, die für die Lösung der Konflikte herangezogen werden könnten. Zugleich hätten Ressourcenkonflikte auch mit unserem eigenen Ressourcenverbrauch zu tun und mit unserer Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung und die Mitmenschen. Deshalb müsste die Sozialethik Leitbilder ausprägen, die überzeugen und motivieren und zudem ethisch fundiert und gesellschaftlich anschlussfähig seien. Schließlich müsste es der Sozialethik ein Anliegen sein, das sperrige Thema „Ressourcengerechtigkeit“ so in Kirche, Gesellschaft und Politik hinein zu kommunizieren, dass sich Haltungen, Handlungen und Handelssysteme veränderten.

Mehrere der Referate dieser Tagung finden sich im Themenheft „Ressourcenkonflikte“ von *Amosinternational. Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik* (Heft 1/2014).

Das nächste Werkstattgespräch findet vom 23. bis 25. Februar 2015 mit dem Thema „Transnationalität – Ordnung oberhalb der Staaten“ statt.

Über die Autoren

Andreas Fisch, Dr. theol., Referent für Wirtschaftsethik am Sozialinstitut Kommende Dortmund.

Christoph Krauß, Dipl.-Theol., wissenschaftlicher Referent bei der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Doktorand an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.